

KI im Gesundheitswesen

Bundesrat will Konvention des Europarats ratifizieren.

BERN – Die Schweiz soll die Konvention des Europarats zu künstlicher Intelligenz (KI) ratifizieren und die dafür notwendigen Anpassungen im Schweizer Recht vornehmen. Zudem sind die Aktivitäten zur Regulierung von KI in einzelnen Bereichen wie zum Beispiel dem Gesundheitswesen weiterzuführen. Für diesen Ansatz hat sich der Bundesrat an seiner Sitzung vom 12. Februar 2025 ausgesprochen.

Der Bundesrat will KI so regulieren, dass ihr Potenzial für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz nutzbar gemacht wird. Gleichzeitig sollen Risiken für die Gesellschaft möglichst klein bleiben. Der Bundesrat hat entschieden, sich an folgenden Eckwerten zu orientieren:

- Die KI-Konvention des Europarats wird ins Schweizer Recht übernommen. In ihren Geltungsbereich fallen in erster Linie staatliche Akteure.
- Wo Gesetzesanpassungen nötig sind, sollen diese möglichst sektorbezogen ausfallen. Eine allgemeine, sektorübergreifende Regulierung beschränkt sich auf zentrale, grundrechtsrelevante Bereiche, wie beispielsweise den Datenschutz.
- Neben der Gesetzgebung werden auch rechtlich nicht verbindliche Massnahmen zur Umsetzung der Konvention erarbeitet. Zu diesen können Selbstdeklarationsvereinbarungen oder Branchenlösungen gehören.

Die Regulierung im Bereich KI soll sich an drei Zielen orientieren: Der Stärkung des Innovationsstandorts Schweiz, der Wahrung des Grundrechtsschutzes inklusive der Wirtschaftsfreiheit sowie der Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in KI.



Der Bundesrat hat zudem das weitere Vorgehen festgelegt. Das EJPD wird mit dem UVEK und dem EDA bis Ende 2026 eine Vernehmlassungsvorlage erstellen. Diese setzt die KI-Konvention des Europarats um, indem sie die notwendigen gesetzlichen Massnahmen festlegt, namentlich in den Bereichen Transparenz, Datenschutz, Nichtdiskriminierung und Aufsicht. Das UVEK wird zudem mit dem EJPD, dem EDA und dem WBF bis Ende 2026 einen Plan für die weiteren Massnahmen von rechtlich nicht verbindlicher Natur erarbeiten. Dieser berücksichtigt insbesondere auch die Vereinbarkeit des Schweizer Ansatzes mit jenen der wichtigsten Handelspartner. Bundesinterne und -externe Anspruchsgruppen werden in die Arbeiten einbezogen.

Das Zusammenspiel aus rechtlich verbindlichen und unverbindlichen Massnahmen soll einerseits für einen sichereren Rechtsrahmen sorgen und andererseits der raschen Entwicklung und dem Potenzial der KI Rechnung tragen. [DT](#)

Quelle: Bundesamt für Kommunikation

Einsparungen in Bildung, Forschung und Innovation

Fachkräftemangel wird dadurch verstärkt.



BERN – Ende Januar 2025 hat der Bundesrat die Vernehmlassung für das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt eröffnet. Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist von den vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen besonders stark betroffen. Der Bundesrat schlägt Einsparungen von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vor. Diese betreffen die Berufsbildung, die Weiterbildung, die Hochschulen sowie die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung. Dieser Investitionsrückgang wird weitreichende Folgen für die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft haben.

Die Hochschulen werden den Bedarf an Fachkräften nicht decken können

Der Bund plant eine Reduktion seiner Beiträge an Universitäten und Fachhochschulen. Ohne Ausgleich können die Hochschulen den erwarteten Anstieg der Studierendenzahlen (+18 Prozent in zehn Jahren) nicht bewältigen, was den Fachkräftemangel verschärft.

Eine Kompensation durch höhere Studiengebühren würde die Chancengerechtigkeit beeinträchtigen und die Kantone finanziell belasten, da mehr Stipendien nötig wären.

Milliardenschwere Folgen durch Kürzungen in Forschung und Innovation

Der Bundesrat plant, die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und Innosuisse um je 10 Prozent zu kürzen. Beim SNF bedeutet dies Einsparungen von 400 Millionen Franken bis 2028, wodurch 700 Forschungsprojekte und 2'000 Stellen für junge Forschende wegfallen. Die wirtschaftlichen Verluste könnten über 1,2 Milliarden Franken betragen.

Auch Innosuisse soll jährlich über 30 Millionen Franken weniger erhalten, was die Förderung von mehr als 60 innovativen Projekten verhindert. Dadurch entfallen wichtige Im-

pulse für Digitalisierung sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit, was die Wirtschaft überproportional belastet.

BFI-Investitionen: Hohe Rendite und strategische Bedeutung

Seit 2000 wächst die Finanzierung des BFI-Bereichs nachhaltig, mit messbarem Erfolg: Schweizer Hochschulen zählen zu den weltweit Besten, und die Schweiz führt seit 2010 die Innovationsrankings an. Zudem hat sich die Zahl der Studierenden verdoppelt, während die Berufslehre weiter gestärkt wurde.

Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation sichern Wohlstand und stärken die Schweiz gegen Cyberrisiken, Naturgefahren und technologische Abhängigkeiten.

Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation sichern Wohlstand und stärken die Schweiz gegen Cyberrisiken, Naturgefahren und technologische Abhängigkeiten. Die Akteure des BFI-Bereichs fordern den Bundesrat daher auf, die geplanten Kürzungen zu überdenken. [DT](#)

Quelle: Gemeinsame Medienmitteilung von swissuniversities, Akademien, ETH-Rat, SNF und Innosuisse

Kostensenkung im Gesundheitswesen

prio.swiss begrüsst Mengenrabatte für Medikamente.

BERN – prio.swiss unterstützt eine Schlüsselmasnahme des zweiten Pakets zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung: Mengenrabatte im Bereich der Medikamente.

Zurzeit belaufen sich die Medikamentenkosten auf 9 Milliarden Franken, was rund einem Viertel der Ausgaben in der obligatorischen

Krankenversicherung entspricht. Mit der Einführung umsatzbezogener Rabatte, wie sie bereits in vielen Ländern gelten, könnten Einsparungen von mehreren Hundert Millionen Franken zugunsten der Prämienzahlenden erzielt werden. Gemäss BAG beträgt das Sparpotenzial dieses neuen Kostenfolgemodells für den stationären und ambulanten Bereich 300 bis 400 Millionen Franken. Allein im ambulanten Bereich generieren zurzeit 92 Präparate einen Umsatz von mehr als 20 Millionen Franken und Gesamtkosten von 4,1 Milliarden Franken. Diese Präparate wären daher potenziell von dieser Massnahme betroffen. Die Preise solcher «Blockbuster»-Medikamente deren kumulierter Umsatz sich auf knapp eine halbe Milliarde Franken beläuft, würden somit gesenkt.

Die Einzelheiten der Umsetzung dieser Massnahme müssen jedoch noch in der Verordnung des Bundesrats geregelt werden. prio.swiss befürwortet diese Massnahme sowie auch eine regelmässige Überprüfung der Medikamentenpreise. Aktuell werden die Medikamentenpreise lediglich alle drei Jahre überprüft.

prio.swiss hofft, dass die Massnahmen zur Kostensenkung in der Grundversicherung im Interesse der Prämienzahler rasch umgesetzt werden können. [DT](#)

Quelle: prio.swiss



Netzwerke zur koordinierten Versorgung: Komplizierte Lösung, die es zu vermeiden gilt

Der Vorschlag des Bundesrats zur Stärkung der koordinierten Versorgung über Netzwerke ist nur eine vermeintlich gute Idee. So sieht er einen Vertragszwang ohne Kostenkontrolle durch die Versicherer vor. Zudem soll die Kostenbeteiligung (Selbstbehalt) aufgehoben werden, um einen Anreiz für die Versicherten zu schaffen, sich für dieses Versorgungsmodell zu entscheiden. Nach Ansicht von prio.swiss würde dieser Vorschlag zu übermässiger Bürokratie und zusätzlichen Kosten führen, was im Widerspruch zu den Zielen des zweiten Massnahmenpakets steht, mit dem ja gerade eine Senkung der OKP-Kosten angestrebt wird. prio.swiss empfiehlt daher, diese Massnahme nicht zu unterstützen. Versorgungsnetzwerke müssen durch die Gesundheitsakteure aufgebaut werden und nicht durch staatliche Regulierung. Viele Versicherer haben bereits heute in Zusammenarbeit mit Versorgungsnetzwerken alternative Versicherungsmodelle entwickelt, die den Versicherten zu vorteilhafteren Prämien angeboten werden können. Es gilt, diese bestehenden Netzwerke zu stärken und nicht durch bürokratisch regulierte Parallelstrukturen zu schwächen.

CANDIDA

Für Zahnfleisch mit Biss

Stärkt und schützt das Zahnfleisch
mit ProGum-Technologie



Hilft, Parodontitis und
Zahnfleischbluten vorzubeugen

Verhindert Zahnsteinbildung
und schützt vor Karies

Remineralisiert und stärkt
den Zahnschmelz

Hemmt das Wachstum
von Bakterien

Wirkung klinisch bestätigt

Jetzt gratis Candida-Produkte
für Ihre Praxis bestellen auf
candida-dentalservice.ch

MERCI

100 Jahre Migros